

Französisch fliegt aus Zürcher Primarschulen. Ist das nur schade, oder ist es auch schlecht?

Unsere Autorin ist Sprachwissenschaftlerin und wurde auf der Sprachgrenze gross. Ein Essay über frühes Lernen – und gegenseitigen Respekt.

Von Marie-José Kolly (Text) und Kati Rickenbach (Illustration), 13.11.2025

Als in unserer Redaktionssitzung die Rede aufs Französisch kam, blieb ich still. Kollegen äusserten sich und erwähnten Studien, die andere Journalistinnen zitiert hatten, oder der Zürcher Kantonsrat, und irgendwann sagte jemand «Elefant im Raum» und schaute mich an. Die Linguistin, die halbe Romande, wo war deren Stimme? Wo die Textskizze?

Ganz ehrlich: Bis dahin gab es keine. Ich war abgestumpft von der jahrzehntelangen Debatte und dem ewig gleichen Blabla. Wieder mal wies Zürich Französisch zurück – okay.

Schade, klar. Als Bilingue und auch als Sprachwissenschaftlerin tut mir das weh. Aber niemand wird daran zugrunde gehen. Auch nicht die Willensnation Schweiz.

Gleichzeitig wusste ich: Wenn ich das dröge Gefühl zur Seite schiebe, kann ich dazu einiges erzählen. Aber es lässt sich eben nicht in zwei, drei Sätzen *pitchen*, weil der politische Entscheid sich nur partiell an dem orientiert, was sich aufgrund sprachwissenschaftlicher Erkenntnis als Praxis anbietet. Genau hier sind politische Entscheide aber interessant: Da wird sichtbar, was dahintersteckt. *Allez*, also doch ein Text.

Lire en français

Dieser Republik-Beitrag erscheint auf Französisch zeitgleich bei «Heidi News», dem Online-Magazin aus der Romandie. Eine Möglichkeit, das eigene Französisch zu testen – und diesen Text zuerst in jener Sprache zu lesen, die nicht die Muttersprache ist. Und ein Versuch, den Sprachgraben zu überwinden.

Sprachpolitik ist immer auch Machtpolitik. Wer hier Entscheide fällt, kommt nicht darum herum, sich zu fragen: Welche Werte möchten wir fördern, welchen Interessen stattgeben, in welchen Machtverhältnissen zusammenleben?

Ganz wunderbar illustrieren das, ungewollt natürlich, der Zürcher Kantonsrat – der in seinem Vorstoss dafür argumentiert, Französisch in der Primarschule zu streichen – und der Regierungsrat – der in einer Stellungnahme begründet, weshalb er das nicht möchte. Denn die Zürcher Politiker werfen wild mit der sprachwissenschaftlichen Literatur um sich. Sie picken aus der Forschung die Studien und aus den Studien einzelne Sätze heraus wie Kinder die Rosinen aus dem *pain aux raisins*, geben Resultate verzerrt wieder oder zitieren für vermeintliche Fakten ein Paper, in dem dieses Thema komplett fehlt.

Ihre halbe Argumentation fällt damit auf die Nase. Klar wird aber: Das Wissen darüber, ab welchem Alter wie viel Fremdsprachenunterricht sinnvoll wäre und warum, ist nur vordergründig wichtig.

Wie Menschen fremde Sprachen lernen

Vor zehn Jahren hörte ich einen Vortrag von Simone Pfenninger, deren brandneue Forschung meine elementarste Annahme dazu umstieß, wie Menschen Sprachen lernen. Heute ist Pfenninger Professorin an der Universität Zürich. In der Villa, die das Englische Seminar beherbergt, erzählt sie, wie die damalige Studie zustande gekommen war.

Als Englischlehrerin an einem Zürcher Gymnasium hatte sie sich in den 2000er-Jahren gefreut auf die ersten Schülerinnen, die schon ab der dritten Primarschulklasse, im Alter von 8 Jahren, Englisch gelernt hatten. Sobald die ins Langzeitgymnasium kämen, würden Pfenninger und ihre Kollegen ihren Unterricht ganz anders gestalten können. Denn die Schülergenerationen zuvor hatten erst an der Oberstufe (Langzeitgymnasium oder Sekundarschule), ab etwa 13 Jahren, mit Englischunterricht begonnen.

Als im Herbst die sogenannten Frühlerner im Klassenzimmer sassen, hörte Pfenninger sie sprechen, las ihre Texte, korrigierte Prüfungen. «Wow», erinnert sie sich heute, «ich war so ernüchtert.» An Zürcher Gymnasien machte sich Betroffenheit breit: Nach wenigen Monaten Englischunterricht am Gymnasium konnten die Schülerinnen kaum besser Englisch als die früheren Generationen, die kein Frühenglisch gehabt hatten.

Zu dieser Zeit dachten viele Lehrer, es sei halt der erste solche Jahrgang. Mit ihm war Frühenglisch in Zürich flächendeckend eingeführt worden. Man müsse der Sache Zeit geben, nach Anfangsschwierigkeiten würde sich das Niveau heben.

Aber das tat es nicht. Und Pfenninger begann, Daten zu erheben: Es war der perfekte Zeitpunkt, um am Ende der Schulzeit die Englischkompetenzen der beiden Schülergruppen vergleichen zu können. Fünf Jahre lang beobachtete sie Hunderte Schülerinnen in zwölf Gymnasien.

Das Resultat: Nach wenigen Monaten hatten jene, die erst ab 13 Jahren Englischunterricht hatten, den Rückstand aufgeholt auf jene, die bereits mit 8 Jahren Englisch gelernt hatten. Und auch langfristig hatten die Frühernenden keinen Vorteil: Am Ende der Schulzeit waren sie nicht kompetenter als die Spätternenden. Pfenningers Studie entblößte Frühenglisch, zumindest was die erworbenen Kompetenzen angeht, als verschwendete Zeit.

Sie rüttelte die Schweiz durch, so sehr, dass manche Bildungspolitiker ihre Resultate damals schlicht leugneten. Aber Untersuchungen aus anderen Ländern bestätigten (und bestätigen immer wieder): Jünger mit der Fremdsprache zu beginnen, ist nicht zwingend besser.

Ein springender Punkt ist, *wie* man die Sprache erwirbt. Jünger ist typischerweise besser, wenn Menschen eine Sprache in natürlicher Umgebung lernen. Aber bei

bildungspolitischen Entscheiden geht es genau hierum eben nicht.

Aus sprachwissenschaftlicher Sicht gibt es zwei Pfade, die beim schulischen Lernen mit überschaubarem Aufwand zu Lernerfolg führen:

1. Früher beginnen, dann aber immersiv lernen. Das bedeutet: Ein ganzer Schultag pro Woche findet in der Fremdsprache statt, oder aber mehrere Fächer, vielleicht Geografie und Geschichte. So können beim Lernen ähnliche Strategien greifen wie beim Erstspracherwerb. Die Fremdsprache ist dann nicht nur Schulfach, sondern Werkzeug zur Kommunikation. (Immersive Schulen gibt es mittlerweile in verschiedensten Regionen der Welt. Dabei leiden weder die Muttersprache noch die Kompetenzen in anderen Fächern.)
2. Später beginnen, mit einer höheren kognitiven Reife und mit gefestigten Kenntnissen der Muttersprache, auch schriftlichen. Damit ist man fähig, regelbasiert zu lernen – und in ein paar Wochenstunden schneller Kompetenzen in der Fremdsprache aufzubauen.

Grundsätzlich lernt man schneller, wenn man die Zeit gehäuft investiert, anstatt sie als zwei oder drei Wochenstunden über eine ganze Schulzeit zu streichen wie eine Messerspitze *confiture* auf eine grosse Scheibe Brot.

Vielleicht also doch gut?

Der Entscheid des Zürcher Kantonsrats, Französisch in die Oberstufe zu schieben, ist also ein vernünftiger Entscheid, solange im Stundenplan nur wenige Lektionen Platz sind fürs Fach und wenn man möchte, dass die Schülerinnen mit minimalem Aufwand möglichst hohe Kompetenzen erreichen.

Aber lustigerweise zitiert der Kantonsrat als Begründung für seinen Entscheid gegen das Frühfranzösisch eine Untersuchung, nicht peer-reviewt, deren Schluss seinem eigenen widerspricht. Die Politiker wollen zeigen, dass mehr als die Hälfte der beobachteten Zentralschweizer Schülerinnen die Lehrplanziele in Französisch nicht erreichten (wohl aber in Englisch). Die Studie schliesst hier an, der Hauptgrund dafür «dürfte in der für Französisch deutlich geringeren Unterrichtszeit liegen», und fragt, ob deshalb die – für beide Sprachen identischen – Lehrplanziele für Französisch zu hoch seien. Davon allerdings sagt der Kantonsrat nichts. Es dient seiner Position nicht.

Pfenningers Arbeit hätte ihm die Argumentation dafür auf einem goldenen Tablett serviert (wenn auch solche Resultate nicht zwingend von einem Sprachkontext auf den anderen übertragbar sein müssen), aber sie kommt in seinem Vorstoss nirgends vor.

Auch der Regierungsrat, der Französisch in der Primarschule behalten will, unterschlägt Pfenningers Resultate komplett. Klar, sie dienen ihm nicht. (Er zitiert dafür eine Untersuchung, auch diese nicht peer-reviewt, die Aargauer Frühlernende mit Solothurner Spätlernden vergleicht und fürs Ende der obligatorischen Schulzeit Vorteile des Frühenglischen notiert.) Lustigerweise erwähnt der Regierungsrat aber Pfenninger da, wo sie nichts zu suchen hat: Er möchte belegen, dass jüngere Schüler motivierter sind, eine Fremdsprache zu lernen. Im Paper, das er hierfür zitiert, geht es aber nirgends um Motivation – das Wort kommt lediglich im letzten Satz vor, als etwas, was in späteren Studien untersucht werden sollte.

Es wäre weder schwierig noch besonders aufwendig gewesen, die Zusammenfassungen der zitierten Artikel zu lesen, aber vermutlich haben es die Politikerinnen nicht getan. Es wäre noch einfacher gewesen, jemanden mit der entsprechenden Expertise anzurufen – an Sprachwissenschaftlern, die in der Schweiz oder spezifisch in Zürich Mehrsprachigkeit erforschen, mangelt es nun wirklich nicht – aber auch das scheint nicht stattgefunden zu haben.

Ihr Umgang mit dem Stand der Forschung zeigt: Die Forschung ist egal. Sie in ihrer Vollständigkeit anzuerkennen, wäre unbequem, weil Politikerinnen dann transparenter erklären müssten, warum ihre Entscheide sich nur selektiv daran orientieren.

Und genau da hakt der Zürcher Entscheid.

Sprachpolitik ist Machtpolitik

Denn ... was ist mit Englisch?

Das wollen, trotz der einschlägigen Forschung dazu, weder die Zürcher Politiker aus der Primarschule streichen noch die Eltern (ihretwillen führte Zürich damals Frühenglisch ein, nachdem viele ihre Kinder in private Englischkurse gesteckt hatten). Auch die Kinder wünschten sich den frühen Englischunterricht, sagt Pfenninger.

Vermutlich – und ironischerweise – gerade weil die Sprache so omnipräsent ist, dass man sich fragen kann, ob viele von ihnen sie nicht auch nebenbei spielend erwerben würden.

Sie sehen, *c'est compliqué*: Zürich, meine Wahlheimat, drängt meine zweite Muttersprache Französisch zurück, was aus der Perspektive meines Fachs, der Linguistik, durchaus vernünftig ist, unterlässt es aber bei einer Sprache, die es überall leicht hat (und die ich ebenfalls mag!).

Hier wird sichtbar, dass Bildungspolitik erst einmal Politik ist. Sie priorisiert erneut Englisch, sie weist Französisch erneut zurück. Sie folgt dabei den Interessen mancher Eltern und Lehrerinnen, die sagen, die Schüler seien mit zwei Fremdsprachen überfordert (und ignoriert die vielen anderen Schülerinnen, die der Unterricht unterfordert, wie Simone Pfenninger sagt).

Damit bewertet die Politik auch den Nutzen dieser beiden Sprachen und vielleicht auch jenen der Menschen, die sie sprechen. Den einen spricht sie Bedeutung zu, den anderen spricht sie sie implizit ab.

Wird daran der Wille zur Willensnation zerbrechen?

Christophe Darbellay, der die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren präsidiert, sprach von einem «*coup de canif très sérieux dans la cohésion nationale*», ein Journalist von «Le Temps» suggerierte, die Deutschschweizer machten die Schweiz kaputt, und Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider sieht den Zusammenhalt gefährdet. Diese Romands bemühen grosse Begriffe und verdecken damit, was schmerzhafter und Stand jetzt wahrer ist: Sprache und Identitätsgefühle sind so eng miteinander verzahnt, dass es wehtut, wenn ihre Nachbarinnen ihre Muttersprache aus dem Lehrplan von Kindern radieren.

Ich habe mich in den vergangenen Wochen mit vielen Französischsprachigen und mit *Bilingues* ausgetauscht. Auch die reflektiertesten und liberalsten unter ihnen wirkten, als hätten sie gerade eine Absage aus dem Briefkasten gefischt. Eine der sprach-sensibelsten Personen, die ich kenne – kaum eine wählt ihre Worte so vorsichtig wie sie – sagte zum Entscheid: «*C'est un peu violent.*» Einer, dem Zürich so sympathisch ist, dass er trotz seiner bescheidenen Deutschkenntnisse beinahe hergezogen wäre, hat mich ganz perplex auf die Sache angesprochen. In der Bewunderung, die er für die Deutschschweiz hatte, ist jetzt ein Riss.

Ein Riss ist nur eine kleine Verletzung. Wenn man Menschen aber wieder und wieder verletzt, entstehen grössere Wunden, und daraus irgendwann Ressentiments.

Durch eine solche Kette lässt sich etwa der Groll erklären, den manche Deutsch-freiburger gegenüber dem Schild hegten, das ihren Bahnhof früher mit *Fribourg* beschriftete (heute steht dort *Fribourg/Freiburg*). Im Alltag dieser Menschen, die dort zur sprachlichen Minderheit gehören, war Deutsch zu häufig abgelehnt worden.

Durch längere solche Ketten lässt sich auch erklären, wie in den mehrheitlich russischsprachigen Gebieten der Ukraine der Umgangston zwischen Ukrainisch-sprachigen und Russischsprachigen nach und nach gehässiger wurde. Oder wie in Belgien zwei Sprachgemeinschaften auseinanderdriften. Dort zerbröselt die nationale Kohäsion nicht, sie zerburst. Die Ressentiments in diesen Staaten entstanden nicht aus dem alltäglichen Zusammenleben mehrerer Sprachgemeinschaften heraus, sondern aufgrund von sprachpolitischen Entscheiden. Die Machthungrigen unter den Politikern wissen solche Ressentiments, sind sie einmal da, auch wunderbar zu instrumentalisieren.

Von bewussten Demütigungen, wie sie Menschen in der Ukraine oder in Belgien erfuhrten, sind wir weit entfernt. Wenn das Zürcher Kantonsparlament Englisch priorisiert, steckt dahinter nicht Feindseligkeit, sondern die Vorstellung, dass Englisch wirtschaftlich einen grösseren Nutzen habe als Französisch. Aber bei der Empfängerin bleibt nicht unbedingt die Nachricht haften, die der Absender übermitteln wollte.

Was also tun? Die Zürcher per Bundesratsentscheid zum frühen Französischunterricht zu zwingen, wird deren Motivation eher nicht steigern. Ebenfalls schwierig wäre, den Kindern, die gerne Englisch lernen wollen, das Fach wieder wegzunehmen.

Es ist so banal wie wahr: Wenn die Kantonspolitiker den Dialog miteinander und mit der Sprachwissenschaft suchten und gemeinsam eine neue Sprachenstrategie aushandelten, sodass alle Sprachgemeinschaften im Land dasselbe tun – Englisch zuerst lernen, oder eine weitere Landessprache zuerst, oder beides erst in der Oberstufe –, dann blieben auch die Kränkungen aus.

Können wir uns vom **wirtschaftlichen Nutzen** lösen?

Am einfachsten wäre zu sagen: Landessprachen, *who cares?* Reden wir doch alle Englisch miteinander. Vielleicht litt die viel zitierte Kohäsion zwischen den Sprach-

regionen langfristig weniger. Vielleicht würde sie sogar gestärkt: Gut möglich, dass der Austausch zwischen den Menschen in diesem Land zunähme, wenn dem Englischunterricht explizit diese Bedeutung zugeschrieben würde.

Es gibt aber noch eine andere, eine radikalere Antwort darauf, dass die fremdsprachlichen Kompetenzen in der zweiten Landessprache niemanden zufriedenstellen.

Sie beginnt mit der Frage: Was ginge verloren, wenn wir die Sprache unserer Nachbarinnen beiseiteschöben?

Ich habe ein paar Semester Finnisch gelernt. Die werden mir nie zu einem Job verhelfen, den ich ohne diese (mageren) Kompetenzen nicht bekommen hätte. Sie waren ein paarmal ganz praktisch, als ein Busfahrer im finnischen Nirgendwo kein Englisch konnte.

Schwerer wiegt, was mir nicht direkt nützt.

Nachdem ich an der Bar in der kleinen lappischen Skistation meine Verben höflichkeitshalber in die Konditionalform gepackt und zum dritten Mal Danke gesagt hatte – beim Bestellen, für den Drink, fürs Rückgeld –, habe ich erstens gemerkt, dass mir in dieser Sprache ein Wort für «bitte» fehlt. Und zweitens, dass der Barmann den Mund kein einziges Mal geöffnet hatte, ihn nur zu einem Lächeln gebogen.

Im Finnischkurs und im dortigen Alltag habe ich gelernt: Diese Menschen können still und höflich sein. Sie schweigen dann freundlich.

Damit fühlte ich auch endlich, was ich aus der Theorie zu Sprache und Höflichkeit längst wusste: dass jene Deutschen, die im Café sagen, sie «kriegten» einen Kaffee, nicht unfreundlich sind; dass ihre Sprachvariante Höflichkeit einfach anders umsetzt als meine.

Sprechen ist nicht einfach morsen mit Stimmgebung. Wir übermitteln Inhalte, ja, aber wir drücken in den meisten Gesprächen auch etwas über uns selber aus. Wir wenden uns dem Gegenüber zu. Wir knüpfen den Kontakt und bessern nach, mal da, mal dort, «weisst du, was ich meine?». Und immer wieder schauen wir auf die Sprache selbst, weil sie nicht nur Werkzeug ist, sondern gleichzeitig auch Identität markiert und Ästhetik codiert.

Der Kollege aus Schwaben, der nach vielen Jahren in der Schweiz heute Schweizerdeutsch mit mir spricht: Er tut das nicht, damit ich dem, was er über die Welt erzählt, besser folgen kann.

Die Sprache von jemandem zu lernen, bedeutet, sich für ihn zu interessieren. Ihn wirklich verstehen zu wollen.

Hinter verschiedenen Sprachen verbergen sich ganz unterschiedliche Systeme, und diese prägen mit, wie wir Menschen unsere gemeinsame Welt begreifen. Ich verstehe die Finnen besser – auch dann, wenn sie Englisch mit mir sprechen –, wenn ich weiss, dass ihre Muttersprache nur ein Personalpronomen ohne Geschlecht kennt, kein *er*, kein *sie*, kein *es*.

Via Sprachsystem darf ich ab und zu auf die Struktur linsen, die das Denken dieser Menschen ordnet. Das ist eine enorme Bereicherung.

«Was sich leicht sagen lässt, das lässt sich auch leicht denken. Ausserhalb davon zu denken, ist schwierig», sagte der Sprachwissenschaftler Anatol Stefanowitsch in unserem Gespräch übers Gendern, aber vielleicht gilt es auch fürs Sagen von Dingen ausserhalb der Muttersprache. «Indem wir eingeschliffene Sprachmuster aufbrechen, schaffen wir also Räume, in denen unser Denken mal die gewohnten Bahnen verlassen kann.»

Und das tut uns gut.

Eine neue Sprache ist ein Angebot zur Weiterentwicklung des Selbst. Wer über Fremdsprachen an Schulen entscheidet, könnte sich fragen: Wer wollen wir sein? Wem wollen wir uns zuwenden? Und wie stellen wir uns die Qualität unserer Begegnungen vor?

Und nun zur oben versprochenen Antwort darauf, was denn zu tun sei, wenn wir uns mit den dürftigen Französischkompetenzen der Deutschschweizer Schülerinnen nicht zufriedengeben wollen, und auch nicht mit einem rein wirtschaftlichen Verständnis von Spracherwerb.

Unser mehrsprachiges Land ist wie geschaffen für immersiven Unterricht, setzt ihn aber nur sehr punktuell um.

In anderen Regionen der Welt schulen der sprachlichen Mehrheit zugehörige Eltern ihre Kinder bilingual ein, damit sie eine indigene Minderheitensprache lernen, die vom Aussterben bedroht ist: Kanien'keha in Kanada etwa oder Gälisch in Irland.

Der rein wirtschaftliche Nutzen davon, dass diese Kinder dann Gälisch können oder Kanien'keha, dürfte bescheiden sein. Aber Eltern, die so entscheiden, wissen: Das wird den Horizont ihrer Kinder erweitern, und ihnen das Erlernen einer dritten Sprache erleichtern.

Vielleicht schaffte man in der Schweiz mit immersiven Schulen das, was wir dringend nötig haben, wenn wir uns mit Englisch als lingua franca nicht zufriedengeben wollen: den anderen Sprachen wieder eine grössere Bedeutung einzuräumen, mehr Status, mehr Prestige. Denn Stand jetzt lernen die Romands nicht lieber *allemand* als die Deutschschweizer Französisch.

Vielleicht müsste der immersive Unterricht, würde er denn entstehen, in Zürich oder im Thurgau auch gar nicht auf Französisch sein. Vielleicht hätten die Menschen mehr Lust auf eine Sprache, die sich näher anfühlt als Französisch, die in den Ferien präsenter ist.

Warum nicht Rätoromanisch, *chères Zurichoises*?